

Stand: 20.06.2026 09:57:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11551

"Einrichtung eines zentralen KI-gestützten Online-Meldeportals für bürokratische Belastungen in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11551 vom 15.04.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/12357 des WI vom 30.04.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier, Franz Bergmüller**
und **Fraktion (AfD)**

Einrichtung eines zentralen KI-gestützten Online-Meldeportals für bürokratische Belastungen in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein zentrales, für Bürger und Unternehmen offen zugängliches Online-Meldeportal zur Erfassung bürokratischer Belastungen, Verwaltungshürden und Verbesserungsvorschläge einzurichten.

Dieses Portal soll sich am österreichischen Modell der „Servicestelle für Entbürokratisierungs- und Deregulierungsanliegen“ (SEDA) sowie am bundesdeutschen „EinfachMachen“-Portal orientieren und mit KI-basierten Verfahren zur automatischen Vorfiltrierung, thematischen Kategorisierung, Qualitätsbewertung, Ermittlung betroffener Rechtsvorschriften und Bestimmung der jeweiligen Kompetenzebene (EU, Bund, Freistaat, Kommunen) ausgestattet werden. Die eingegangenen Meldungen sollen systematisch ausgewertet und in geeigneter Form an die zuständigen Ressorts weitergeleitet werden. Das Portal ist langfristig in die bestehenden digitalen Infrastrukturen des Freistaates – insbesondere das BayernPortal, die BayernID und das elektronische Unternehmenskonto – zu integrieren.

Begründung:

In Österreich hat das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) im Oktober 2025 SEDA eingerichtet. Über das zentrale Portal können Bürger und Unternehmen konkrete bürokratische Hürden melden und Verbesserungsvorschläge einreichen. Bis zum Stichtag 12. Dezember 2025 sind dort bereits 4 249 Eingaben eingegangen, was in Medienberichten und Parlamentsmaterialien als großes Bürgerinteresse beschrieben wird und die hohe Akzeptanz sowie den praktischen Nutzen eines solchen Instruments belegt.

Auf Bundesebene in Deutschland wurde im Dezember 2025 das digitale Bürokratiemeldeportal „EinfachMachen“ beim Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) in Betrieb genommen, das ebenfalls KI-Verfahren zur automatischen Auswertung, Kategorisierung und Priorisierung von Meldungen nutzt. Beide Projekte zeigen, dass ein niedrighschwelliges, digital gestütztes Meldeportal eine wertvolle Ergänzung zu klassischen Entbürokratisierungsmaßnahmen darstellt.

Im Freistaat fehlt bislang ein vergleichbares zentrales und für alle Bürger sowie Unternehmen offen zugängliches Landesportal zur Meldung von bürokratischen Hemmnissen. Dies stellt eine spürbare Lücke dar, obwohl die Staatsregierung mit vier Modernisierungsgesetzen, dem „Einfach machen“-Gesetz einschließlich seiner Modellregionen und der Kommission zur Staatsmodernisierung bereits Anstrengungen zur Reduzierung von Verwaltungsaufwand unternommen hat. Ein eigenes bayerisches Meldeportal würde Bürgern und Unternehmen ein direktes Instrument zur Verfügung stellen, konkrete Belastungen zu benennen, und gleichzeitig eine systematische, evidenzbasierte Grundlage für weitere Reformen schaffen.

Ein wesentliches praktisches Problem solcher Portale besteht darin, dass Nutzer bürokratische Hürden häufig unpräzise beschreiben und oftmals nicht über ausreichendes Fachwissen zu spezifischen Gesetzen, Verordnungen, Paragraphen oder Zuständigkeiten verfügen. Insbesondere ist vielen nicht klar, ob eine Belastung auf EU-Recht, Bundesrecht oder Landesrecht beruht. Der Freistaat kann nur in eigenen Zuständigkeitsbereichen unmittelbar handeln und muss bei übergeordneten Ebenen auf Bundsratsinitiativen, EU-Konsultationen und Schreiben zurückgreifen. Eine manuelle Auswertung einer großen Zahl von Meldungen würde zudem erhebliche personelle Ressourcen in Staatsministerien und Behörden binden.

Genau an dieser Stelle erweist sich eine KI-basierte Vorfilterung als entscheidender Mehrwert. Sie ermöglicht die automatische Sortierung nach Themen, die Identifikation relevanter Rechtsvorschriften, die Zuordnung zur richtigen Kompetenzebene sowie die Bündelung oder Aussortierung von Duplikaten und weniger belastbaren Meldungen. Dadurch können qualitativ hochwertige Anliegen priorisiert, automatische Rückmeldungen generiert und die Vorschläge effizient an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden.

Die KI-basierte Vorfilterung, Kategorisierung und Priorisierung der Meldungen stellt ein System mit begrenztem Risiko im Sinne des EU AI Act dar. Sie dient ausschließlich der Unterstützung und Effizienzsteigerung der Verwaltung und unterliegt daher primär Transparenz- und Informationspflichten. Eine abschließende menschliche Prüfung und Entscheidung durch die zuständigen Fachstellen der Staatsregierung bleibt in jedem Fall gewährleistet.

Die Einrichtung eines solchen KI-gestützten Portals würde nahtlos an die bisherigen bayerischen Initiativen zur Staatsmodernisierung anknüpfen und diese konsequent weiterentwickeln. Durch die Integration in etablierte Plattformen wie das BayernPortal, die BayernID und das elektronische Unternehmenskonto ließe sich nicht nur die Nutzerfreundlichkeit und Datensicherheit maximieren, sondern auch eine einheitliche, langfristig belastbare Datengrundlage für die Analyse und den Abbau bürokratischer Belastungen im gesamten Freistaat schaffen. Bayern könnte damit eine Vorreiterrolle bei der digital gestützten, bürgernahen Entbürokratisierung einnehmen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/11551

Einrichtung eines zentralen KI-gestützten Online-Meldeportals für bürokratische Belastungen in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**
Mitberichterstatter: **Dr. Stefan Ebner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 30. April 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende